

# Volkswacht

für Schlesien

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.30 RM, auswärts 1.55 RM. Anzeigen unter Text 2.00 RM, auswärts 4.— RM. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.50 RM, Geschäftsgelegenheiten, Verdingungen und Wohnungs-Anzeigen 0.20 RM. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 RM, das letzte Wort 1.00 RM. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Marktstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.30 RM, monatlich 6.50 RM, vierteljährlich 16.50 RM (einschließlich Postgebühren), durch die Post beziehbare 18.00 RM.

## Arbeitskraft und Arbeitslohn.

### Nach der Rückkehr Rathenaus.

Dr. Rathenau ist am Sonntag von seiner Londoner Reise nach Berlin zurückgekehrt. Über den Ausgang der im Auftrage der Regierung geführten Beratungen werden verschiedene Mitteilungen verbreitet, die größtenteils auf leeren Kombinationen beruhen. Sicher ist jedenfalls, daß die Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluß geführt haben, und daß eine Regelung der Reparationsfrage zwischen den Ententemächten und Deutschland in aller nächster Zeit in Aussicht steht. Daß diese Regelung, die vorerwähnten Repressalien bei Nichtzahlung der Januar- und Februar-raten Vorschub leistet, an gewisse Bedingungen der Ententemächte geknüpft sein würde, müßte man für selbstverständlich ansehen. Aber auch diese Bedingungen scheinen für Deutschland tragbar zu sein und u. a. im wesentlichen auf eine Bilanzierung des Haus-haltes hinauszuweisen. Von einer Entlastung der Eisenbahn, die angeblich von englischer Seite gefordert sein soll, kann nicht die Rede sein.

Bisher hat Dr. Rathenau lediglich den Reichstanzler offiziell von dem Ergebnis seiner Verhandlungen unterrichtet. Die Regierung wird sich mit dem Ausgang der Londoner Beratungen heute nachmittag beschäftigen und hauptsächlich Maßnahmen besprechen, die zur Bilanzierung des Reichshaushaltes führen können. Am Montag informiert Rathenau auch die einzelnen Ressorts der Reichsregierung von dem Verlauf seiner Besprechungen mit Vertretern der englischen Regierung und Kreisen der englischen Industrie. Die am Montag nachmittag abgehaltene Kabinettsitzung beschäftigte sich mit Maßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben.

### Voucheur in Brüssel.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)  
Voucheur, der französische Wiederaufbauminister weilt gestern in Brüssel, um mit der belgischen Regierung über seine Verhandlungen in London und deren Ergebnis Rücksprache zu nehmen. Nach dem Pariser „Temps“ sollen sich die Vertreter der belgischen Regierung gegen die Gewährung jeden Koratoriums für Deutschland erklärt haben. Die Einwendungen Belgiens gegen das Wiesbadener Abkommen und die Nichtratifizierung des Finanzabkommens vom 13. August wurden durch die Regierungsvertreter fallen gelassen, nachdem Voucheur die notwendigen Erklärungen gegeben hatte. Einem Vertreter des „Nieuw Rotterdamse Kuranten“ gegenüber äußerte Voucheur in Brüssel keine Zufriedenheit über die Londoner Besprechungen. Angeblich sollen die Engländer der Gedanken eines Koratoriums aufgegeben haben.

### Starke Erhöhung der Postgebühren.

1 Brief 2 Mark. — Verdoppelte Fernspreckgebühren.  
(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)  
Die uns kürzlich angekündigten neuen Posttarife erfordern seine Durchführung mehr, da inzwischen das Postministerium dem Reichsrat eine neue Vorlage vorgelegt hat, die am Montag verändert angenommen wurde. Briefe im Fernverkehr werden danach künftighin 2 Mark, Pakete bis zu 5 Kilogramm in der Fernzone 9 Mark und das einzelne Wort des Telegramms 1 Mark kosten. Die Fernspreckgebühren sollen um 100 Prozent erhöht werden.

Diese plötzliche Steigerung erklärt das Postministerium mit dem Druck der Ententemächte, die schon immer eine Bilanzierung des Reichshaushaltes verlangt haben und auch neuerdings Rathenau wieder mitteilen, daß die Vorbedingung für jeden Kredit die Bilanzierung des deutschen Haushalts ist. Ueber die Wege, die hierzu führen, kann man streiten, Einigkeit jedoch besteht darüber, daß die Bilanzierung notwendig ist. Wir sehen als ersten Weg zur Bilanzierung eine entschiedene Sparsamkeit, die man bei den Reichsbehörden immer noch vermisst. Durch sorgfältige einschneidende wirtschaftliche Maßnahmen, wie sie auch die neuen Postgebührenerhöhung bedeuten, wird man unteres Wachstum der Bilanzierung kaum herstellen können. Die Erhöhung der Fernspreckgebühren um 100 Prozent ist ein katastrophaler Schritt, gegen den sich insbesondere auch die sozialdemokratische Presse zu wenden hat.

Widerstand erhob gegen die abermalige Erhöhung der Postgebühren nur der kürzlich gekündigte Gen. Dr. Gradnauer, der der Ansicht seiner Regierung dahin Ausdruck gab, daß der Wahn des Defizits nicht oder wenigstens nicht durch fortgesetzte, auf das Wirtschaftslieben einschneidende Erhöhung der Postgebühren, sondern vor allem durch eine energisch durchzuführende Sparsamkeit zu erreichen ist. Die kürzlich Regierung sei deshalb zur Stunde nicht in der Lage, der Vorlage des Reichspostministeriums zuzustimmen. Der Vertreter Bayerns äußerte im Auftrage der Regierung, daß sie lediglich nur dem Zwange folge.

### Maßnahmen gegen den Wucher.

Die preussische Regierung hat sich neuerdings veranlaßt gesehen, weitere Maßnahmen gegen den Kartoffelwucher zu treffen. Der Staatskommissar für Volksernährung hat im Auftrage des Ministerpräsidenten Bruns am 2. Dezember eine Rundverfügung an die Oberpräsidenten um gerichtet und angeordnet, daß für jede Provinz ein Ausschuss zur Ermittlung der Kartoffelpreise, bestehend aus Vertretern der Landwirtschaft, des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher zu bilden ist. Aufgabe dieses Ausschusses soll sein, angemessene Preise an Hand der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft angeordneten Richtlinien unter Berücksichtigung der be-

sonderen örtlichen Verhältnisse zu ermitteln. In dem Rundschreiben heißt es u. a. noch:

Seitens der Strafverfolgungsbehörden ist darüber geklagt worden, daß ihnen das Vorgehen auf Grund der Vorschriften der Preistreibeinerordnung dadurch sehr erschwert werde, daß seitens der Verwaltungsbehörden keine Unterlagen für die Beurteilung der Tariffrage gegeben seien, von welcher ungefähren Preisgrenze ab Wucher angenommen werden könne. Dieser Mangel hat auf der anderen Seite dazu geführt, daß seitens einiger Polizei- und Strafverfolgungsbehörden gegen Landwirte und Händler bereits bei der Forderung von Preisen eingeschritten worden ist, die weit unter den nach den ausgefallenen Richtlinien zu ermittelnden Preisen liegen. Hierdurch ist in einzelnen Bezirken eine ernste Störung der Kartoffelversorgung eingetreten, da der eheliche Handel und die Landwirtschaft aus Furcht, die Gefahr einer Strafverfolgung ausgeht, sich von dem Kartoffelgeschäft zurückgezogen haben. Diesen Mängeln soll durch die Einrichtung der Preisausschüsse abgeholfen werden. Die von den Ausschüssen ermittelten Preise sollen den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden als allgemeine Richtlinien für ihr Vorgehen bei der Bekämpfung der wucherischen Preisforderungen dienen. In Zweifelsfällen wird der im Erick vom 10. November 1921 vorgesehene Sachverständigenrat über die Angemessenheit des Preises gutachtlich zu äußern haben. Als Sachverständiger wird, sofern ein solcher nicht bereits ernannt ist, zunächst eines der Kommissionsmitglieder zu bestellen sein.

Die Preisermittlungen der Ausschüsse sind den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden mit größter Beschleunigung mitzuteilen; außerdem sind die Preise öffentlich bekannt zu machen.

### Die Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über die Einbindung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat zugegangen. Dieses Gesetz ist eine Folge des Paragraphen 70 des Betriebsrätegesetzes. Dort wird bestimmt, daß ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt werden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer so wie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrates Sitz und Stimme, erhalten jedoch keine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält nun die Vorschläge für die nähere Ausführung des Paragraphen. Der Entwurf bezieht in vollem Umfang die gleichberechtigte Stellung der von den Betriebsräten in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder, mit den von der Generalversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern.

### Material für Leipzig.

Der Sozial. Parlamentsdienst schreibt:  
Herr v. Jagow sucht sich in Leipzig damit aus der Schlinge zu ziehen, daß er beteuert, er habe keine Amtshandlungen vorgenommen. Diese Darstellung ist schon von dem Staatsanwalt Dr. Freund erschüttert worden. Wir können noch mitteilen, daß u. a. auch der Oberpräsident Hering in Magdeburg und der Regierungspräsident Böhmman, ersterer sozialdemokratischer Abgeordneter, letzterer demokratischer Abgeordneter, gleich nachdem Jagow Minister geworden war, telegraphisch von ihm aufgefordert worden sind, ihre Ämter niederzulegen. Also zweifellos keine erste Amtshandlung.

Herr Lubendorff, der in Leipzig den Harmlosen spielt, wird durch folgende Tatsache charakterisiert:  
Als der damalige Eisenbahnminister Döber verhaftet wurde, lag er in einem Zimmer der Reichsanlei einen militärischen Befehl liegen, in dem u. a. stand: Erstellen von Lubendorff mache darauf aufmerksam, daß sich zweifelhafte Elemente auf den Sitzen an die Kapruppen herandrängen. Er ermache unverzüglich Gegenmaßnahmen zu treffen.

### Gegen den rheinischen Hochverrat.

Akt. 12. Dezember. Die politischen Parteien des Rheinlandes, die heute in Königswinter tagten, und zwar die Zentrumspartei, die sozialdemokratische Partei, die deutsche Volkspartei, die deutschnationale Volkspartei und die demokratische Partei, wenden sich in einem Aufruf gegen die Versuche landesväterlicher Kreise, durch offenen Hochverrat die Rheinlande vom Reich zu trennen und erklären, daß sie auf ewige Zeiten fest am Deutschen Reich halten und von einer Loslösung rheinischen Gebietes nichts wissen wollen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei lehnt es jedoch ab, die Kundgebung der übrigen rheinischen Parteien zu unterzeichnen, weil sie der Ansicht ist, daß die Bestimmungen des Motives im Kampfe gegen die Loslösungsversuche anderer Natur sind als die ihrer Partei. Eine Loslösung der Rheinlande vom Reich bekämpfe sie aber noch wie vor aufs äußerste.

### Weiteres Steigen der Mark.

An der heutigen Berliner Börse fand bei ganz geringen Umsätzen ein scharfer Rückgang der Devisenkurse statt. Der Dollar setzte ungefähr mit 190 an dem vorübergehenden Berkehr ein und mit 180 an der Börse, ging aber im weiteren Verlauf noch höher zurück. Die amtlichen Notierungen lauten: Kabel New York 165 1/2, London 80, Holland 61 1/2.  
Am Geldmarkt wurde durch Zwangsverkäufe für schwache Konten und Preisabschlägen ein erneuter, scharfer Anstieg der Kursen hervorgerufen. Die Banken, die früher das Maßstab zu übertriebener Spekulationen angeregt haben, tun sich nicht, um der letzten Deroute zu weichen.

### Arbeitskraft und Arbeitslohn.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:  
Von der Rechtspresse wird auch heute noch zum Teil die Ansicht verbreitet, an der Abwärtsbewegung unserer Finanzwirtschaft seien die übermäßig hohen Gehälter und Löhne der Arbeiter und Angestellten schuld. Ein Vergleich zwischen den Kosten der Lebenshaltung und der Lohnhöhe vor dem Kriege mit den jetzigen Verhältnissen zeigt ohne weiteres das Irrige dieser Annahme. Die Löhne der Arbeiter sind seit 1914 um etwa das Zwölfwache, die der Angestellten und Beamten ungefähr um das Achtfache gestiegen. Demgegenüber haben sich die Kosten der Lebenshaltung auf das Zwanzigfache erhöht, so daß der Durchschnitt der Bevölkerung genötigt ist, seine Lebenshaltung um mehr als 50 Prozent herabzusetzen. Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands verdient also heute erheblich weniger als vor dem Kriege.

Wenden wir zunächst einmal bei dieser Tatsache und greifen als mittleres Beispiel die Kategorie der Angestellten heraus. Dem durchschnittlichen Friedensgehalt eines zwanzigjährigen von 2400 Mark stand im Jahre 1919 ein solches von 3897 Mark, im Jahre 1920 ein Einkommen von 9012 Mark und 1921 ein Verdienst von 15 600 Mark gegenüber. In der Friedensmenge gemessen, betrug sein Lebensmittelaufwand im Frieden 1143 Mark, 1919 4669 Mark, 1920 13 423 Mark und 1921 20 779 Mark. Er mußte also im Jahre 1919 bereits seine Lebenshaltung um 772 Mark einschränken. Diese Summe stieg im folgenden Jahre auf 4401 Mark und erreichte in diesem Jahre die Höhe von 5179 Mark, d. h., daß der Angestellte nicht nur nicht zu den sogenannten Revolutionsgewinnlern gehört, wie ein Teil der Rechtspresse so gerne vortäuschen möchte, sondern daß sich seine Lebenshaltung fortwährend mit der Entwertung der Papiermark verschlechtert.

Diese Senkung der Lebenshaltung wird noch offensichtlicher, wenn wir der Betrachtung den Haushaltsverbrauch für einen verheirateten kaufmännischen Angestellten in mittleren Jahren mit 3 Kindern zugrunde legen. Die gesamten Haushaltsausgaben unter Berücksichtigung der Wohnungsmiete, Brenn- und Leuchtstoffe, sowie der Bekleidung und sonstigen Ausgaben betrug vor dem Kriege 175 Mk. pro Monat, betragen hingegen heute 2563 Mark. Das bedeutet eine Aufwandssteigerung im Vergleich zum Frieden von 1541 Prozent. Eine vergleichende Tabelle über die Ausgaben für Lebensmittel mag diese Zahlen mehr beleuchten:

Lebensbedürfnisse (in Berlin)	Aufwendungen dafür vor dem Kriege 1913/14	Aufwendungen dafür bei gleich. Lebenshaltung im Sept. Okt. 1921	Steigerung der Ausgaben gegenüber 1913/14
Rot	12,60	164,70	1 204
Kartoffelmehl	1,46	35,80	2 352
Kartoffeln	8,50	153,—	1 700
Gemüse	5,16	99,76	1 835
Rind- und Schweinefleisch (1,1)	4,50	165,—	3 567
Butter	2,60	60,—	2 208
Eier	7,20	168,—	2 500
Vollmilch	7,20	114,—	1 463

Die dieser Tabelle zugrunde gelegten Zahlen für die Lebenshaltungskosten sind seit Oktober ganz erheblich gestiegen. Das Mißverhältnis zwischen Gehältern und Haushaltskosten ist noch größer geworden und es wird auch durch inzwischen erfolgte Lohnerhöhungen nicht ausgeglichen. Ähnlich wie bei den Angestellten liegen die Dinge für den Arbeiter und für den Beamten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß derartige vergleichende Tabellen hätten keinen Wert, weil sich die Masse inzwischen den veränderten Verhältnissen angepaßt habe. Zunächst wird dadurch die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Lebenshaltungskosten der Masse tatsächlich im Vergleich zum Frieden wesentlich schmaler geworden sind und daß ihr Real-Lohn infolgedessen beträchtlich gekürzt ist, und dann kann man unmöglich daran vorüber gehen, daß sich Einschränkungen lediglich auf Gegenstände beziehen, die nicht unumgänglich zum täglichen Lebensbedarf gehören. Es steht vielmehr, daß sich der Arbeiter heute wesentlich auf Kosten seiner Ernährung einschränken muß. Für Nahrungsmittel, die heute für ihn unerschwinglich sind wie Butter, Eier und zum großen Teil auch Fleisch, muß er als Ausgleich unter den billigeren landwirtschaftlichen Produkten seinen auch nur annähernd gleichwertigen







**Sozialpolitischer Ausschuss.**

Auf Veranlassung unserer Genossen beschloß sich der Ausschuss am Donnerstag und Freitag mit der Verbesserung der Reichswohnenhilfe. Genossin Schroeder unterbreitete dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums eine Reihe Fragen, die folgendermaßen beantwortet wurden:

1. Das Gesetz vom 8. August 1921 sieht die unentgeltliche Hilfe des Arztes bei der Entbindung und im Falle von Schwangerschaftsbeschwerden vor. Diese Bestimmung ist bis heute nicht in Kraft getreten und wird auch nach Ansicht des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums in Kürze noch nicht in Kraft treten können, da die nötige Verständigung mit den Ärzten bisher nicht erfolgt ist. Das Ministerium wird aber sein Möglichstes zur Beschleunigung der Sache tun.

2. Nach einem vom Geheimrat Hoffmann veröffentlichten Artikel stößt die Bestimmung des genannten Gesetzes, wonach die Familienwohnenhilfe auf zu zahlen ist, wenn die Niederlage innerhalb 9 Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt, aus formalen Gründen auf Schwierigkeiten. Das Ministerium ist bereit, in Zweifelsfällen eine Erklärung dahin abzugeben, daß es für die Zahlung genügt, wenn die Wöchnerin beim Tode des Versicherten mit diesem in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat.

3. Eine Gesetzesvorlage zur Regelung der Wochenhilfe für die Angehörigen von Beamten hat bisher noch nicht fertiggestellt werden können, da Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern hierüber bestehen. Da Bestimmungen zur Schaffung einer Krankenfürsorge für die Beamten im Gange sind, so wird die Wochenhilfe wahrscheinlich mit dieser Frage zusammen behandelt werden.

Sodann beantragte unsere Fraktion im Hinblick auf die unnatürliche Steigerung der Preise der Lebensmittel und ganz besonders der Milch eine Erhöhung des Mindestpreises des Stillschmelzes auf mindestens den Preis für einen Liter Milch täglich. Der Betrag soll jeweils vom Versicherungsamt festgesetzt werden. Die unabhängige Fraktion nahm bei dieser Gelegenheit ihre im Juli gestellten Anträge mit kleinen Änderungen wieder auf. Nachdem sich der Vertreter des Finanzministeriums aus finanziellen Gründen und der Vertreter des Arbeitsministeriums aus technischen Gründen gegen beide Anträge gewandt hatten, kehrten Zentrum und Volkspartei den Antrag, das Stillschmelz auf 3 Mark mindestens täglich zu erhöhen.

In der Abstimmung wurde der letzte Antrag und der Antrag der Unabhängigen, für den in der Hauptsache auch unsere Genossen stimmten, abgelehnt, und unser Antrag angenommen.

Am Mittwoch hatte der Ausschuss einstimmig beschlossen, daß die Anträge zur Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung bis zum Freitag eingebracht werden sollen, und daß dann der Ausschuss über diese Anträge entscheiden sollte. Die Sozialdemokraten hatten auch ihre bereits angeführten Anträge sofort eingebracht. Danach sollen die Verbesserungen, die die Angestelltenversicherung gegenüber der Invalidenversicherung enthält, in diese übernommen werden.

Die Invalidenrente soll bereits bei 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit, die Witwenrente an alle Witwen und die Waisenernte bis zum 18. Lebensjahre gewährt werden. Die Invalidenversicherung soll auch auf alle Angestellten ausgedehnt werden. Die weiteren Änderungen sollen beschloffen werden. So daß die Reichsregierung genaue Vorschläge für die Bemessung der Leistungen aus der Invalidenversicherung und für die Höhe der Beiträge unter reiflicher Durchführung des Umlageverfahrens vorgelegt hat. Diese Vorlage soll bis spätestens 1. April 1922 dem Reichstage zugehen.

Die Bürgerlichen überraschten nun aber den Ausschuss mit dem Verlangen, die Reichsregierung solle bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages im Januar eine weitere Denkschrift darüber vorlegen.

- in welchen einzelnen Beziehungen, in welcher Form und mit welchen finanziellen Wirkungen dem Vorschlag unter 2 in der schon jetzt vorliegenden Denkschrift entsprechend die Angelegenheiten der Angestellten- und Invalidenversicherung gemeinschaftlich verwaltet werden können unter Aufrechterhaltung der selbständigen Reichsversicherungsanstalt;
- in welcher Form und mit welchen finanziellen Wirkungen eine Zusammenlegung der Rechtsprechung der Angestellten- und Invalidenversicherung möglich ist, ohne die sich aus der selbständigen Angestelltenversicherung ergebende Rechtsprechung der Angestellten zu beeinträchtigen;
- in welcher Form und mit welchen finanziellen Wirkungen die Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung in einer Weise erweitert werden kann, daß die Versicherungen selbst und ihre gewählten Vertreter die Verwaltung unter eigener Verantwortung, aber unter Oberaufsicht des Reiches, führen.

Dabei ist insbesondere zu prüfen, inwieweit die großen Verbände der Angestellten für ihre Mitglieder die Angestelltenversicherung betreiben können.

Aber damit nicht genug; der deutschnationale Handlungsgehilfenvertreter Lam bach entrüstete sich gewaltig über die sozialdemokratischen Anträge. Solange diese Anträge noch nicht vorliegen, erklärte die Bürgerlichen, daß die Verschmelzung unter Nebenbedingung aller günstigeren Bestimmungen nicht ohne große Schwierigkeiten möglich sei, und daß die Sozialdemokraten die notwendigen Gesetzesänderungen im einzelnen beantragen müßten. Nachdem die Sozialdemokraten dieser Aufforderung nachgekommen waren und gezeigt hatten, daß die Verschmelzung bei gutem Willen sehr leicht zum Vorteil auch aller Angestellten und Arbeiter durchführbar ist, waren die Bürgerlichen erst recht unzufrieden über ein solches „agitatatorisches“ Vorgehen. Herr Lam bach beantragte, über die Anträge gar nicht erst abzustimmen, sondern die Verschmelzung ohne weiteres abzulehnen, und den vorliegenden Entwurf zur Änderung der Angestelltenversicherung zu beraten. Viele Beratung soll damit beginnen, daß sie - vertagt wird, bis die neue Denkschrift vorliegt. Das Arbeitsministerium ließ erklären, daß dies nicht vor Mitte Januar der Fall sein werde.

Die Sozialdemokraten forderten, daß endlich über die Verschmelzung entschieden wird und wandten sich gegen die weitere Verschleppung. Sie ließen aber keinen Zweifel darüber, daß sie sich nicht ohne weiteres mit der Ablehnung der Verschmelzung zufrieden geben würden, wenn nicht gleichzeitig ihre dazu gestellten Anträge erledigt würden. Nach langer Geschäftsordnungsdebatte zogen es die Bürgerlichen denn doch vor, von der Verwaltungsveränderung der Sozialdemokraten Abstand zu nehmen. Sie beschloffen jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die Verhandlungen jetzt abzubrechen, und sie erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Denkschrift eingegangen ist.

**Aus aller Welt.**

Der Leib des Verteidigers. Während es dem Verteidiger Landrus nicht gelungen ist, keinen Klienten vor dem Todesurteil zu beschützen, gelang einem anderen berühmten Berliner Rechtsanwalt Landrus dieses Kunststück in einem anderen Falle. In dem ebenfalls bei einer Ladung auf Woch in der Reihe nicht gefunden worden war. Er suchte nachzuweisen, daß der angeblich Getötete sehr gut noch leben könne und rief aus: „Wenn ich Ihnen sage, was Herr Landrus bei dieser Kasse, den Sie für erworben halten, nicht tot ist, daß er noch lebt und in unserer Stadt wohnt, nicht nur in unserer Stadt, sondern hier an Ort und Stelle... Sehen Sie, meine Herren, da ist er!“ Und mit erschüttertem Ton rief er nach der Decke des Saales. Alles blinnte empört, und eine Unruhe und Aufregung bemächtigte sich der Richter. Landrus aber fuhr fort: „Ein einziges Wort, eine einzige Gebärde hat genügt, um in Ihnen den Zweifel zu erwecken. In dem Augenblick, da Sie Zweifel an der Wahrheit Ihrer Urteile, an der Wahrheit der Aussagen der Angeklagten freigesprochen.“

**Gewerkschaftsbewegung.**

**Die Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Vergleich mit den Hirsch-Dunderbergschen Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften.**

(I. G. B.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Bilage des „Korrespondenzblattes“ eine detaillierte Statistik über seinen Bestand, seine Einnahmen und Ausgaben veröffentlicht und sie verglichen mit den Zahlen, die über die Hirsch-Dunderbergschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften bekannt geworden sind. Dieser Statistik entnehmen wir folgende Angaben:

Ende 1920 hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 8 025 662 Mitglieder; Ende 1919 7 337 477. Der Gewinn betrug demnach gegenüber der Schlusszahl von 1919 688 205, davon 808 188 männliche und 82 017 weibliche Mitglieder.

**Die Entwicklung der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Zentralverbände von 1891-1920.**

a) Mitgliederzahlen.

Jahr	Zentralverbände	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	insgesamt	davon weibliche
1891	62	277 659	—	—
1896	51	329 290	15 265	—
1901	57	677 510	28 699	—
1906	66	1 689 709	118 908	—
1911 +	53	2 339 785	191 332	—
1913 +	49	2 573 718	230 347	—
1914 +	48	2 075 759	210 314	—
1915 +	48	1 159 497	177 535	—
1916 +	48	966 705	185 810	—
1917 +	49	1 106 657	268 614	—
1918 +	50	1 664 991	422 957	—
1919	52	5 479 073	1 192 767	—
1920	52	7 890 102	1 710 761	—

b) Einnahmen, Ausgaben, Vermögensbestand.

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Vermögensbestand der Zentralverbände
	in Verbandsbänden	„	in Verbandsbänden	„	
1891	49	1 116 538	47	1 608 534	425 845
1896	49	3 616 444	50	3 323 713	2 323 628
1901	56	9 722 721	56	8 987 168	8 798 333
1906	66	41 602 939	66	36 963 413	25 312 634
1911 +	51	72 086 957	51	60 025 080	62 103 821
1913 +	49	82 176 747	49	75 036 306	88 110 855
1914 +	48	71 033 158	48	79 709 641	81 457 712
1915 +	48	41 609 843	48	35 047 663	67 662 030
1916 +	48	34 119 609	48	30 162 632	65 875 837
1917 +	49	39 298 939	49	28 619 413	70 743 472
1918 +	50	59 767 587	50	41 661 719	80 904 595
1919	53	247 306 638	53	201 408 709	133 180 009
1920	49	747 114 439	49	543 814 615	268 469 523

Anmerkungen: + Die für dieses Jahr angegebenen Zahlen sind nachträglich ergänzt worden durch Hinzufügung der Angaben der Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die bis 1919 in die allgemeine Statistik nicht einbezogen waren. \*) Ohne den Vermögensbestand des Verbandes der Metallarbeiter. \*\*) Ohne den Vermögensbestand des Verbandes der Metallarbeiter und des Landarbeiterverbandes.

**II. Die Entwicklung der Zentralverbände, der Hirsch-Dunderbergschen Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften von 1890-1920.**

Jahr	Mitgliederzahl der Zentralverbände			Mitgliederzu- u. -abnahme		
	Hirsch-Dunderberg	Christl. Gewerkschaften	sonstige	Zentralverbände	H.-D. Gewerkschaften	Christl. Gewerkschaften
1901	677 510	96 765	160 772	+ 2 917	+ 5 104	+ 1 602
1906	1 689 709	118 508	820 248	+ 344 906	+ 1 411	+ 55 216
1911	2 339 785	107 743	340 957	+ 322 487	- 14 828	+ 43 823
1913	2 573 718	106 618	342 735	+ 205 560	- 2 607	+ 1 902
1914	2 075 759	77 749	282 744	- 497 959	- 28 849	- 60 041
1915	1 159 497	61 036	176 137	- 9 265	- 16 663	- 106 607
1916	966 705	57 766	174 300	- 192 792	- 3 320	- 1 837
1917	1 106 657	79 113	243 865	+ 189 952	+ 21 647	+ 69 565
1918	1 664 991	113 792	392 914	+ 558 334	+ 84 376	+ 149 049
1919	5 479 073	189 831	858 253	+ 3 814 032	+ 76 034	+ 465 369
1920	7 890 102	225 998	1 076 792	+ 2 411 029	+ 86 167	+ 218 509

Anmerkungen: \*) Im Jahresdurchschnitt. \*\*) Nach den Berichten des Gesamtverbandes, die nicht immer zutreffend waren und mit den im Korrespondenzblatt der Generalkommission mitgeteilten berechtigten Zahlen in den einzelnen Jahren nicht übereinstimmen. \*\*) Die für dieses Jahr angegebenen Zahlen sind nachträglich ergänzt worden durch Hinzufügung der Angaben der Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die bis 1919 in die allgemeine Statistik nicht einbezogen waren. (Schluß folgt.)

**Weihnachtsunterstützung für Berliner Transportarbeiter.**

Die Bezirksverwaltung Berlin des Deutschen Transportarbeiterverbandes hat auch in diesem Jahre Solidaritätsmarken zum Preise von 5 und 3 Mark ausgegeben, deren Ertrag für die Weihnachtsunterstützung der arbeitslosen Verbandsmitglieder Verwendung finden soll. Die Generalversammlung war dafür, daß jedes in Arbeit stehende Verbandsmitglied mindestens zwei Solidaritätsmarken zu entnehmen hat. Mit der Auszahlung der Unterstützung ist bereits am Montag begonnen worden, und zwar gemeinsam mit der fälligen Erwerbslosenunterstützung, das heißt an dem Tage, wo die regelmäßige Erwerbslosenunterstützung fällig ist.

Anspruch auf die Weihnachtsunterstützung haben solche arbeitslose Verbandsmitglieder, die am 1. November sechs Wochen dem Verbande angehört, für diese Zeit Beiträge entrichtet haben und am Zahlungstage drei Wochen arbeitslos sind und dafür den entsprechenden Nachweis erbringen können. Die Unterstützungsbeträge: für Ledige und Verheiratete ohne Kinder 100 Mark; für Verheiratete mit Kindern 120 Mark.

Nachdem hat der Verbandsvorstand beschlossen, daß unterstützungsberechtigten Mitgliedern aus Mitteln der Hauptkasse eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren, die sich nach der Zahl der geleisteten Beiträge richtet.

Anspruch auf diese Unterstützung haben nur diejenigen arbeitslosen Mitglieder, die am Zahlungstage mindestens sechs Wochen Beiträge entrichtet haben. Den Arbeitslosen, die innerhalb dieser Zeit einzelne Tage gearbeitet haben, kann zur Erfüllung der Voraussetzung für den Unterstützungsbetrag die Zahl der Arbeitslosentage bis zum 15. November juristisch angerechnet werden.

Anspruch auf die Unterstützung haben auch die für die laufende Unterstützungsperiode eingetragenen arbeitslosen Mitglieder, sofern die vordringenden Voraussetzungen erfüllt sind. Deutscher Transportarbeiterverband.

**Endgültige Spaltung der französischen Gewerkschaften?**

Eine Gruppe von Kreisaußschüssen und Verbänden der Revolutionären Syndikalisten hat am 2. Dezember in dem kommunistischen Parteiorgan, der „Humanité“ einen Aufruf zu einem außerordentlichen Gewerkschaftskongress veröffentlicht.

Dieser Aufruf ist ein scharfer Bruch der Statuten des französischen Gewerkschaftsbundes. Die Vertreter des Autarkes rüfen sich zwar, daß sie zum Schutz der Einheit und der Meinungsfreiheit den Kongress einberufen, aber der französische Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Partei haben diese Heuchelei sofort entlarvt. Der Vorstand des französischen Gewerkschaftsbundes sagt in seiner Erklärung: „Die Einberufung dieses Kongresses ist eine Spaltung, deren Schwere und deren Folgen für die Einheit der Arbeiterbewegung sofort hervorgehoben werden müssen. Das Bureau des Gewerkschaftsbundes beschränkt sich im Augenblick darauf, dieses Vorgehen festzustellen und beschließt, den Verwaltungsrat des Gewerkschaftsbundes einzuberufen, der über diese Lage Bescheid fassen wird.“

Der Verwaltungsrat hat am 6. Dezember die Erklärung des Bureau gebilligt und festgesetzt, daß die Einberufung dieses Kongresses an sich ein Vorgehen sei, das einen Bruch gleichkomme: nur der Bundeskongress könne über die Einberufung und Abhaltung eines Kongresses entscheiden.

Der Verwaltungsrat ist daher der Ansicht, daß die Organisationen, die einen dergleichen Kongress einberufen haben, sich im Aufruf befinden gegenüber den ordnungsmäßigen Institutionen des Gewerkschaftsbundes. Er erklärt, daß die Organisationen, die die Initiative dazu ergriffen haben, sich selbst auhehalten, daß der Gewerkschaftsbund des Festen würden, wenn der geplante Kongress stattfindet.“

Es bleibt abzuwarten, ob die revolutionären Syndikalisten den formellen Bruch mit dem französischen Gewerkschaftsbund provozieren werden, von dem die Vorläufer des Militarismus und die Gegner der wirtschaftlichen Demokratie in Frankreich jedenfalls mehr Nutzen haben würden als die von den sozialistischen „Führern“ irreflektierten Arbeiter.

**Aus der Provinz Schlesien.**

**Land- und Lehrheim Bentkau.**

Zu einem am 26. November unter dieser Ueberschrift erschienenen Artikel schreibt uns der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter:

Die reichen Mittel edelgestimmter Spender in allen Ehren, wenn sie einen wohlwollenden, guten Zweck erfüllen. Gegen das Land- und Lehrheim in Bentkau im allgemeinen läßt sich nichts sagen. Sehen wir aber doch einmal näher hin.

Die dort untergebrachten Waisen sind zu ihrem Unglück noch dazu körperliche und geistige Schwächlinge, die sehr wohl im besagten Heim unter gegebenen Umständen sich körperlich erholen können, aber geistig, zum mindesten nicht das gewinnen dürfen, was für einen künftigen vollwertigen Berufsarbeiter, Wirtschaftler oder Gärtner erforderlich ist.

Es wird jeder Landwirt oder Handelsgärtner, wenn er unbefangenen Urteils, geben müssen, daß diese beiden Berufe von durchaus körperlich und geistig gesunden Menschen ausgeübt werden müssen. Jede andere Ansicht ist irrig.

Wenn auch kein Bedenken zu hegen ist, daß unter der umsichtigen Leitung des dortigen Inspektors die Zöglinge allgemeine und ständige wiederkehrende Arbeiten im Land- und Gemüsebau mit der Zeit leidlich beherrschen lernen, so ist es dennoch unmöglich, diese Kerne der Armen in einem weiteren, dem Schuljahr zum Beispiel im Gärtnerberuf zu vollwertigen Berufsarbeitern zu fördern.

Es haben diese ohnedem schwer geprüften Menschenkinder ein- und auswendig gelernt; sind sie geplatzt und ausgebeutet worden und müssen schließlich dann doch mit der beschriebenen Tagelohnarbeit vorlieb nehmen, um ihr trauriges Dasein zu fristen. Und das konnte ihnen billiger geschehen.

Daran anschließend ein Mahnwort an die Eltern der Knaben, die kommenden April aus der Schule gehen. Laßt Eure Kinder nicht die Gärtnerei erlernen, wenn sie körperlich und geistig nicht gut entwickelt sind. Der Gärtnerberuf weist mit die höchsten Risiken in Lungen- und Rheumatisuserkrankungen auf; auch herrscht unter den augenbildlichen Verhältnissen, die sich nicht so bald zum Vorteil ändern werden, durch die beliebt gewordene Belegmischkultur eine Ueberproduktion des alles Dagewesene weit überträgt.

75 Prozent der heutigen Ausgelerten im Gärtnerberuf haben umsonst gelernt und müssen umfallen.

**Winter im schlesischen Gebirge.**

Der schlesische Verkehrsverband schreibt uns: Im schlesischen Gebirge ist von neuem der Winter eingetroffen. Schreiber ha meldet 2 Grad Kälte, 10 Zentimeter Neuschnee, leichter Schneefall, Krummhölzel 3 Grad Kälte, Neuschnee. Auf dem Kamme liegt der Schnee 60 Zentimeter hoch. Auch dort ist Neuschnee und zwar in 20 Zentimeter Höhe herniedergefallen. Die Sportverhältnisse sind für Rodel und Ski bis hinab ins Tal gut. Die Schweizer auf dem Gläker Säneeberg melden 8 Grad Kälte, 1 Meter Schneehöhe, davon 10 Zentimeter Neuschnee. Sportverhältnisse ausgezeichnet, Nordwestwind.

Dobner's urth, Was will die S. B. D.? ... Die hiesige Bezirksleitung Genosse Bogt in dem ... den Vortrag: „Was will die S. B. D.“ Zahlreich wie immer, waren auch an diesem Abend die Frauen erschienen und saßen in spanischer Kebe. Klar schilderte er den Anwesenden die trostlichen Unterschiede zwischen Religion, Kirche und Staat. Doch alle Frauen sind für dies Thema nicht eingenommen, es fehlt ihnen an Begriff und Verständnis dafür, aus dem einfachen Grunde, weil alles vom Höchsten ausgeht, den es noch nie gegeben hat. Doch glaube ich, etwas nachgedacht wird jede Genossin darüber haben, da Genosse Bogt doch um Beherzigung der Worte dat.

Ein wissenschaftlicher Vortrag. Am Sonnabend, den 3. d. Mts., hielt uns Genosse Kusch einen wissenschaftlichen Vortrag, dem die zahlreich erschienenen größte Aufmerksamkeit schenkte. Ausgezeichnet verhielt es Genosse Kusch, keinen ... hören alles klar zu legen, auch wenn es das schwerste ist. Er behandelte eingehend die Naturgesetze der Erde. Ferner sprach er über die Entstehung des Menschen. Bis in die Gegenwart zurück führte er uns in Gedanken. So manchem mußte einleuchten, daß der Mensch nicht aus Adamsrippen entstanden ist, sondern daß dies alles keinen naturgemäßen Gang hatte. Die ... machte er uns klar durch die Erläuterung des Zellensystems. Aus nichts wird nichts, müssen wir uns vor Augen halten. Genossen, die ihr dazu berufen seid, das Proletariat zu lehren, kommt aus Land hinaus, dann werden wir auch zum Ziele kommen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß wir bald wieder mal so etwas Interessantes zu hören bekommen.

**Wasserstand**  
vom 12. Dezember 1921.

Kattow	1,00	Wespen (Ober-Bege)	4,10
Kraspitz	1,22	Wespen (Unter-Bege)	1,50
Kösel	0,44	Kanzen (Ober-Bege)	4,02
Wahm (Wahm)	1,50	Wespen (Unter-Bege)	1,50
Kattow	+ 0,75	Wespen	0,00
Wespen (Ober-Bege)	1,00	Wespen	0,00
Wespen (Unter-Bege)	1,00	Wespen	1,00

**ROSE HENDE** ... KOMBELLA







Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Dezember.

Sozialdemokratischer Verein.

Polizeibeamte!

Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Reiner Saal.

Verammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtratsordneten Wibera über: Bessere Besoldung und Staatsbürgerliche Freiheit. 2. Organisation. — Pflicht eines jeden dienstfertigen Beamten ist, zu erscheinen.

Weltliche Schule und Freie Elternvereingung

ist das Thema einer öffentlichen Versammlung,

am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Zentral-Saal, Westendstraße 50/52, stattfindet. Es sprechen: Generalsekretär Hohmann, Gessentzchen und Lehrer Hertwig-Weißstein. Der Eintritt ist frei.

Achtung, Jungsozialisten! Heute, pünktlich 8 Uhr: Arbeitsgemeinschaft Gewerkschaftshaus, Zimmer 32. Dr. Hamburger spricht über den wirtschaftlichen Teil des Göttinger-Programms.

Die Sitzung des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft am Sonnabend, den 17. Dezember, fällt aus.

Erledigte Lügen.

Mehr als hinreichend bekannt sind die Methoden der deutsch-nationalen Presse und der ihr ergebenen Kreaturen, in der systematischen Beherrschung des politischen Gegners. Was darin an Niedrigkeit, ja an moralischer Verkommenheit der Gesinnung von rechtsreaktionärer Seite nach dem Kriege geübt wurde, ist würdig der Aufnahme in das Buch der deutschen Kulturgeschichte, die unerhörten, von gemeinen Pressepiraten unter dem Vedemantel der Meinungsfreiheit straflos geübten Beschimpfungen unserer führenden Genossen durch dieses erbärmliche und keine Gesichtspunkte einer Steigerung fast nicht mehr fähig, und man schäme sich, als die infamen Verschleuderer zu ermahnen begannen, an diese maßlos erkundeten Lügen in moralisch auf gleicher Höhe stehenden Verlagsanstalten unterzubringen, die für Verbreitung des gesamten Lügenmaterials in Brochürenform zu sorgen hatten. So brachte im vorigen Jahre der „deutschösterreichische Verlag“ von Fr. Barthemann, Berlin, eine Brochüre, betitelt: „Der Rattenkönig“ heraus, die mit der Bezeichnung „Lügenstumpf“ gerade noch so halbwegs erfüllt ist. Man muß sich zum Lesen dieser ekelhaften Sudelerei handschriftlich anziehen und erhebliche Energie aufwenden, um durch jene erlogenen Gemeinheiten bis zum Ende hindurchzukommen. Eberl, Scheidemann, Hänisch, Yarvus, Stämpfer, Seilmann und andere werden in jener „Brochüre“ so schamlos beschimpft, daß man sie vorbedanktes als ein Meisterstück moralischer Verkommenheit bezeichnen muß. Der hinsichtlich bekannte, und durch die gesamte deutsche, mit liebevoller Hilfe, auch durch die ausländische Presse geleitete Fall Sklarz erzählt im „Rattenkönig“ eine belaudere Würdigung. Als die Subelet in Vertriebs gelangte, lehnte die Sozialdemokratische Partei einen Untersuchungsausschuß ein, der feststellen konnte, daß an den widerlichen Verleumdungen kein wahres Wort sei. Sklarz selbst hat niemals der Sozialdemokratischen Partei angehört, wenn auch neben bürgerlichen Abgeordneten Sozialdemokraten vorübergehend in seinem Hause verkehrten. Das ganze Lügengebäude rechtsreaktionären Gefühls brach elendig zusammen, als die „Deutsche Tageszeitung“, das führende Organ aller Vaterlandspatrioten, sich genötigt sah, folgende Erklärung abzugeben:

„Das Ende des Falles Sklarz. — Nachdem die gegen Herrn Georg Sklarz eingeleiteten Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft wegen erwiesener Unschuld eingestellt worden sind, stehen wir nicht an, die gegen Herrn Georg Sklarz in einer Reihe von Artikeln erhobenen Vorwürfe, die auf Grund falscher Informationen zweier Korrespondenten des von uns gebracht worden waren, mit Bedauern zurückzunehmen.“

Vorstehende Erklärung brachte die „Deutsche Tageszeitung“ am 11. November, aber all die deutsch-nationalen Presseblätter größeren und kleineren Kalibers, die jahrelang den Fall Sklarz zur Verleumdung sozialdemokratischer Minister in der strupellosesten Weise aufmachten, haben von dieser Erklärung nichts verlauten lassen. Es ist die bekannte deutsch-nationale Moral und beweist, daß es tatsächlich der größte Schimpf für einen Deutschen bedeutet, sich deutsch-national zu nennen.

Warum wir das schreiben? Weil trotz offizieller Jurisdiktion all dieser Verlogenheiten durch die maßgebende deutsch-nationale Presse jene schamlose Brochüre weiter verbreitet wird. Weil sie auch hier in Breslau unter der Beamtenschaft umläuft, wie es vorzugsweise bei der Post der Fall sein soll. Und weil wir damit den Tiefstand politischer Moral bekunden wollen, der jene Kreise kennzeichnet, die mit derartigen Manövern politische Geschäfte zu machen gedenken. Daß diese Geschäfte noch immer lohnend sein können, beweisen uns Zuführten aus Beamtenkreisen, die dem deutsch-nationalen Lügenstumpf ratlos gegenüber stehen und uns um Aufklärung ersuchen. Diese sei hiermit öffentlich gegeben.

Sittengelez — Priestergelez — Naturgelez.

Ein reiner Zufall ließ die Partei in den Distriktsversammlungen am 12. Dezember Vorträge über ein ihrer unerlässlichen Thema zeitlich nach einem ähnlichen Vortrage des freireligiösen Sprechers, Herrn Eugen Wolfsofs, halten, die mit diesem innerlich zusammengehören und auf eines hinauslaufen. In der Partei: Klassenjustiz und Justizreform, am Sonntag, den 11. d. Mis., in der freien Gemeinde: Sittengelez — Priestergelez — Naturgelez.

Unter den vielen hundert Zuhörern sah man manchen Genossen, der früher die Gemeinde links liegen ließ und heute die Vorträge als Amalie benötigt. Wer als Volkstifter über das Thema redet, wird töfischer von der philosophischen Erklärung Wolfsofs über das Entstehen der „Gelez“ — im juristischen Sinne — mit Befriedigung Kenntnis genommen haben und dessen Gedanken verwerten. Es bedarf der wissenschaftlichen Gehaltungsarbeit eines Wolfsofs, um in populärer Form, mit wenigen wirksamen Sätzen, den geisteshungrigen Zuhörern zu sagen, warum die Urteile der Justiz so selten mit dem Volksempfinden übereinstimmen. Jede Justizreform muß darauf hinauslaufen, mit den Naturgelez zu harmonisieren. Das hat zwar Wolfsofs nicht ausdrücklich gesagt, es ist aber die Anwendung, die ein kritischer Zuhörer herausgehört haben muß.

Wolfsofs sprach nicht als Volkstifter. Er war durchaus Pädagoge, der das große Kind „Volk“ erziehen will. Jeder Satz ein Gedanke; seine Argumentation unwiderleglich. Darum werden seine Vorträge so überzeugend. Seine Aufgabe erschöpfte sich in der Beantwortung der Frage: „Wenn man von Naturgelez spricht, was ist dann der Gelezgelez?“ Diese Frage war von einem gläubigsten Reiter einem freireligiösen Schüler gestellt. Seine Antwort an den Fragesteller, anstelle des Schülers,

Nochmals die Verpachtung des Stadttheaters.

Das Presseamt des Magistrats hatte kürzlich in einem längeren Aufsatz nochmals die Gründe für eine Verpachtung des Stadttheaters dargelegt. Da wir unseren eigenen Standpunkt zu dieser Angelegenheit ausführlich geäußert hatten, brachten wir diesen Aufsatz, der wesentlich neues ja nicht mehr sagen konnte. Bemerkenswert war daran nur die Behauptung, daß auch in persönllicher Beziehung sich in letzter Zeit große Schwierigkeiten ergeben hätten und daß in dieser wie in finanzieller ein Privatunternehmer eine viel festere Hand habe. Die Künstler hätten vielfach den Formen, in denen das kommunale Leben sich abspielt, nicht das richtige Verständnis entgegengebracht. Zu dieser Magistratsmeinung äußert sich nun die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger in einer Zuschrift an uns, in der es u. a. heißt:

„Daß ein verpachtetes Stadttheater unter den heutigen Verhältnissen kein Opernhaus sein kann, ist jedem Fachmann klar und geht auch aus den Darlegungen des erwähnten Artikels über die Höhe der Gagen mittelbar hervor. Ebenso klar ist aber, daß in Breslau für ein weiteres Schauspielunternehmen kein Platz ist. Und selbst wenn man, allen kulturellen Verpflichtungen zum Hohn, aus dem Stadttheater ein Operntheater unternehmen machen wollte, läme ein ständliches Fiasko heraus, da sich die schon bestehende Breslauer Opernbühne auf längere Zeit hinaus das alleinige Aufführungsrecht aller zugkräftigen Neuheiten gesichert haben dürfte. Ein Pächter, dem man die Pflege der Oper zur Pflicht macht, wird ohne Zweifel versuchen, sich auf die Spieloper zu beschränken, um an Solisten, Chor und Orchester sparen zu können. Das geht aber wieder aus geschäftlichen Gründen nicht, da erfahrungsgemäß die Spieloper schlechte Einnahmen und nur die große Oper volle Häuser bringt. Die Pflege der großen Oper bedingt aber den großen Apparat, wie er jetzt vorhanden ist. Glaubt man wirklich, daß ein Pächter die Millionen hierfür riskieren wird, die die Stadt jetzt nicht mehr glaubt auszubringen zu können?“

Richtig ist, daß ein sehr großer Teil der Steuerzahler nicht mehr in der Lage ist, die Vorstellungen des Stadttheaters zu besuchen. Richtig ist aber auch, daß das einzige und von uns dem Magistrat immer wieder vorgeschlagene Mittel, das diesem Uebelstand zum Teil abhelfen kann, nämlich die planmäßige Organisation des Theaterbesuchs vom Magistrat aus unbekanntem Gründen nicht angewandt worden ist, obwohl es sich in vielen anderen Städten bewährt hat.

Eine merkwürdige Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse liegt auch in der Annahme, ein Privatunternehmer habe es den Künstlern gegenüber leichter. Das Gegenteil ist der Fall. Die notorisch ungenügende Bezahlung der Künstler des Stadttheaters hat ihren Ursprung gerade darin, daß sie sich trotz anerkannter Notlage immer wieder durch den Hinweis auf die Finanzlage der Stadt verträumen ließen, und berechnete Forderungen zurückstellten in dem Bewußtsein, nicht einen gewinnjüchenden Unternehmer, sondern die Genossenschaft der Steuerzahler zum Prozeß zu haben. Die Künstler haben damit ein Verständnis für kommunale Interessen und ein Maß an Einsicht bewiesen, das ihnen an wenigsten von Seiten des Magistrats abgeprochen werden sollte. Ganz anders würde sich das Verhältnis der Theatermitglieder einem Unternehmer gegenüber gestalten, und es ist geradezu absurd, anzunehmen, daß ein solcher weniger mit personellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde.

All diese Dinge sind für den Nachmann Binsenwahrheiten. Der Magistrat meint es jedoch für richtig zu halten, sich einmündende Maßnahmen, wie die Abgabe des städtischen Opernbetriebes zu treffen, ohne vorher die Meinung der Betroffenen zu hören. Herr Intendant Runge und Herr Operndirektor Prümmer befragt

worben? Hat man Gutachten vom „Verband der gemeinnützigen Theater“, vom „Deutschen Bühnen-Verein“ und der „Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger“ eingeholt? (Die beiden erstgenannten Organisationen sind Arbeitgeberverbände, denen die Leitung des Breslauer Stadttheaters als Mitglied angehört.) Wie die Fachverbände über die Frage der Verpachtung denken, geht aus folgender Eingabe hervor, die hier im Wortlaut wiedergegeben sei.

„An den Magistrat der Stadt Breslau, 1. H. des Herrn Oberbürgermeister Dr. Wagner! Berlin, den 4. Dezember 1921.

Die unterzeichneten Organisationen erfahren lobend, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sich mit dem Gedanken beschäftigen, die städtische Regie des Stadttheaters aufzugeben und zum Pachtsystem zurückzukehren. Der Deutsche Bühnenverein und die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger halten es für ihre Pflicht, ihre schweren Bedenken gegen einen solchen Beschluß der städtischen Körperschaften zum Ausdruck zu bringen. Es ist uns bekannt, daß die erhöhten Zuschußansprüche des Stadttheaters zu den oben erwähnten Erwägungen der städtischen Kollegen Anlaß gegeben haben.

Wir verstehen durchaus, daß die Stadt Breslau eine Verbesserung der Verhältnisse anstrebt, die es ermöglicht, die städtischen Zuschüsse zu reduzieren und zu begrenzen. Wir bezweifeln aber, daß die Rückkehr zum Pachtssystem geeignet ist, Garantien nach dieser Richtung zu bieten. Unter den heutigen Verhältnissen wird selbst ein kapitalkräftiger Pächter nicht verbindlich darauf verzichten können, unter gegebenen Umständen mit Berufung auf moralische Verpflichtungen der Stadt Erhöhungen der Subvention zu verlangen. Gleichzeitig würden aber auch durch die Uebergabe des Stadttheaters alle weiteren Bemühungen der Stadt Breslau und der unterzeichneten Verbände um eine Beihilfe durch Reich und Staat völlig aussichtslos werden. Die Ministerien, die zwar bisher die Drängungen der Stadt Breslau, die Theater zu schließen, nicht glauben ernst nehmen zu sollen, werden sich gerne ihrer moralischen Verpflichtung, die städtische Bühne Breslaus zu unterstützen, durch den naheliegenden Einwand entledigen, daß man durch öffentliche Zuschüsse an einen Theaterpächter keinen Präzedenzfall schaffen dürfe. Wir richten an den Magistrat der Stadt Breslau die bringende Bitte, der Stadtverordnetenversammlung die Umwandlung der städtischen Bühne in ein Pachttheater nicht zu empfehlen und erklären uns bereit, erneut bei den zuständigen Stellen des Reiches und des Staates gemeinsame Schritte zur Erreichung eines Betriebszweckes aus öffentlichen Mitteln zu unternehmen.

Deutscher Bühnenverein  
gen.: Baron zu Putlik, Präsident.  
Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger  
gen.: Kidel, Präsident.

Die Bürgerchaft Breslaus, die, wie wir täglich feststellen können, über das dem Stadttheater bevorstehende Schicksal gar nicht oder falsch unterrichtet ist, mag aus dem Gefassten entnehmen, daß mit der Verpachtung des Breslauer Stadttheater keine Rolle ausgespielt haben wird, die es als führendes Kunstinstitut Ostdeutschlands seit langen Jahren inne hatte. Man muß sich darüber klar sein lassen, daß die etwaige Wiedererrichtung der städtischen Oper in einigen Jahren zweifellos an den unerschwinglichen Kosten scheitern muß, die ein solcher Wiederaufbau erfordert, Kosten, denen gegenüber die jetzt zur Erhaltung der Oper nötigen Summen geradezu verschwindend klein sind.

war genau und kurz: „Die Wissenschaft“. Die Art, wie er das Gattische, sowie die Unantastbarkeit der Naturerlebe darstellte, war ein Genuß, für die dem strebamen und fleißigen Forscher nicht genug gedankt werden kann. Die Zuhörer waren sichtlich bei der Sache. Nur weiter so, und das Wachstum der Gemeinde wird der Zuhörerzahl „naturgemäß“ entsprechen. P.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Die morgige Veranstaltung des Arbeiterbildungsausschusses verdient ohne Zweifel die größte Beachtung und größtmöglichen Besuch. Geheimrat Lummer wird in seiner lehrreichen Art, die den ständigen Besuchern unserer Veranstaltungen von seinem ersten Vortrag her noch in guter Erinnerung sein dürfte, das Thema: „Der Kinematograph in pädagogisch-technischer Beleuchtung“ behandeln. Zahlreiche Versuche, Lichtbilder und kinematographische Vorführungen werden den Vortrag anschaulich gestalten.

Der Verkauf von Programmen zu dieser Veranstaltung ist bereits ein sehr reger und bewußt, welches Interesse man der wissenschaftlichen Behandlung einer so viel umstrittenen Erfindung, wie es der Kinematograph ist, entgegenbringt. Darum verlese ich jeder bald in den bekanntsten Verkaufsstellen mit Programmen, damit ein unnötiger Andrang an der Abendkasse vermieden wird. Der Preis von 2,20 Mark ist trotz sehr hoher Unkosten beibehalten worden, um möglichst vielen den Besuch zu ermöglichen.

Ausbau von Wohnungen und Mieterbeiträge.

P. M. Bei der großen Zahl derer, die in Breslau Wohnung suchen, kann dem Wohnungsmangel nicht allein durch Neubauten abgeholfen werden; deshalb gehört der Ausbau von Wohnungen in schon bestehenden Gebäuden (sogenannte Wohnwohnungen) mit zu den Hauptaufgaben der Abteilung für Klein-Wohnungsbau (Büro XXII, Blücherplatz 14, Sprechstunden werktags außer Sonnabend von 9-1 Uhr). Hauseigentümer, die in ihren Häusern eine solche Wohnung ausbauen lassen wollen, werden sich mit dieser Abteilung in Verbindung zu setzen haben. Eine Verjüngung der gesamten Baukosten durch die Miete ist infolge der bekannten Lernerung auf dem Baumarkt ausgeschlossen. Deshalb muß sich die Stadt, wenn ein Ausbau ermöglicht werden soll, an den Baukosten beteiligen und zwar in einem Umfang, der den verjüngbaren Teil der Baukosten (sogenannten rentierlichen Wert) um ein Vielfaches übersteigt. Dafür behält sich die Stadt u. a. Rechte des Recht der Mitbestimmung des Mieters vor.

Für die Zuweisung solcher Wohnungen, die wie alle nach dem 29. November 1920 fertiggestellten Neubauten dem Rechtsbereich des Wohnungskommissars entzogen worden sind, ist lediglich die Dringlichkeit des Wohnungsbedarfes maßgebend. Diese wird in jedem Falle eingehend geprüft. Zugleich werden die finanziellen Verhältnisse des Bewerbers ermittelt. Es gibt die Prüfung, daß der Bewerber in der Lage ist, ohne Einschränkung seiner Lebensbedürfnisse einen möglichen Beitrag zu den Ausbaufkosten zu leisten, so muß dieser geleistet werden; das erfordert die finanzielle Lage der Stadt. Dabei wird aber mit größter Rücksicht vorgegangen. Sollen sich Einnahmen und Ersparnisse nachweislich innerhalb einer bestimmten Grenze (jetzt bis 25000 Mark Jahreserkenntnis und bis 10000 Mark Ersparnisse), so wird von jeder Erörterung über die Beitragsfähigkeit des Bewerbers abgesehen; kann der Beitrag nicht im ganzen geleistet werden, so werden Teilzahlungen bewilligt.

Die erhöhten Beiträge werden aus dem Hausbau weiterer Wohnungen verwendet. Sie können allen zur Wohnungsbau zugute, und da sie durch die Vermehrung der Arbeitsplätze zur Behebung der Arbeitslosigkeit beitragen, können sie außerdem einem durchaus positiven Zweck. Wie notwendig

betont werden mag, ist bei der Vergabe der Wohnungen lediglich die Dringlichkeit maßgebend. Erst wenn sie festgelegt ist, wird über die Frage eines Mieterbeitrages zu den Ausbaufkosten bedunden. Dementsprechend ist seit der Erhebung von Mieterbeiträgen bei mehr als der Hälfte der zugewiesenen Wohnungen kein Beitrag erhoben worden, weil nach der finanziellen Lage des Bewerbers die Erhebung eines Beitrages nicht angebracht erschien.

\* Die Grippe macht sich in Breslau seit einigen Tagen wieder bemerkbar; allerdings nicht in so großem Umfang wie im vergangenen Jahre. Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Breslau hatte allein innerhalb der letzten zehn Tage folgende Krankheitsfälle pro Tag aufzuweisen: 24, 31, 37, 38, 57, 49, 58, 62. Die bisherige Höchstzahl wurde am Sonnabend, den 10. Dezember, mit 76 Erkrankungen erreicht. In den meisten Fällen ist mit einem gutartigen Verlauf der Krankheit zu rechnen, die zu größeren Befürchtungen weiter keinen Anlaß bieten. Sisher hat die Allgemeine Ortskrankenkasse noch keinen tödlich verlaufenden Krankheitsfall in der diesmaligen Berichtszeit zu registriert.

\* Gefasster Sankedieb. Einem Gutsbesitzer in Wangten, Kreis Liegnitz, wurden in der Nacht zum 11. d. Mis. aus dem Stalle vier Mastgänse gestohlen, die man gleich am Tatort abgeschlachtet hatte. Es wurde richtig vermutet, daß der unbefannte Dieb die Beute mit dem nächsten Zuge nach Breslau schaffen würde, um die ledere Beute hier für schweres Geld loszuschlagen. Es wurde daher sofort die hiesige Polizeipolizei verständigt, und richtig traf mit dem Zuge der Dieb, ein Werkstücker, ein, und wurde von Polizeibeamten gefaßt. Die vier Gänse wurden ihm abgenommen und dem Eigentümer zurückgegeben.

\* Reklaren gegangen ist dem Gasarbeiter Max Ruzbach, wohnhaft Waterloostraße 17, das Mitgliedsbuch des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und verschiedene Legitimationskarten, sowie eine kleine Summe an Geldscheinen. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Papiere an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Breslau, Margaretenstraße Nr. 17, abzuliefern, das Geld kann der Finder für sich behalten.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Städtische Theater. Heute abend 7 Uhr „Der Schatzgräber“ mit Frau Hubert-Widrich und den Herren Adenbrock, Haber, Groß, Hauschild, Hohlberg, Kuhl, Kubow, Tauber, Williams, Wittkopff. Musikalische Leitung Dr. Ernst Praetorius, Spielleitung Dr. Lothar Wallerstein. Morgen abend 7 1/2 Uhr „La Traviata“, Donnerstag 7 Uhr „Der Rosenkavalier“. (Inserat.)  
Vergnügungstheater. Am Dienstag bringt das Lohse-Theater, als 4. Vorstellung für Serie B der Kaufgemeine, Schillers „Maria Stuart“. In Vorbereitung befindet sich Tristan Bernards dreifaktiger Schwank „Der Hübscher“, der den Romanen den Spielplan der Berliner Kammerspiele darstellt.  
Die Lang-Konzerte in Paula Heimanns Kirchen „Siedensmellenhiesel“, das am Mittwoch abend in Nelsons Dreien wiederholt wird, kommen von Wille Maria.  
In Thalia-Theater: Die Dame aus dem Gasse wagen, der hier erlangte zur Aufführung gelangte. Geringer der gewonnen mit der so betrieblig begünstigten Gewinna, welches den Mitgliedern des nächsten Zeit begehrt.











